



BVD/P252068

Erläuterungen zur Änderung der Bau- und Planungsverordnung vom 19. Dezember 2000 (BPV, SG 730.110) Stand: 28. September 2023

1. Ausgangslage

Das Bau- und Verkehrsdepartement treibt die Digitalisierung im Bewilligungsverfahren voran. Ende Februar 2025 wurde die über zwanzigjährige Bewilligungs-Software durch eine zeitgemässe Software abgelöst. Bislang zirkulierten die vier Dossiers pro Baubegehren für die Prüfung physisch zwischen den 50 Fachinstanzen, was viel Zeit in Anspruch nahm. Neu werden die Unterlagen von den Gesuchsstellenden webbasiert eingereicht und gelangen dann digital zu den Fachinstanzen, was die parallele Prüfung möglich macht.

Die digitale Eingabe der Baubegehren mit vollständigem Verzicht auf Papierdossiers und die digitale Planaufgabe wurden auf die zweite Jahreshälfte 2025 angekündigt. Noch zu regeln war unter anderem die erforderliche gesetzliche Grundlage für das rein digitale Verfahren.

Der Regierungsrat ist gestützt auf das kantonale Bau- und Planungsgesetz vom 17. November 1999 (BPG, SG 730.100) mit dem Vollzug der Bauvorschriften beauftragt.¹ Alle notwendigen Vollzugsbestimmungen zum digitalen Baugbegehren und der Publikation können deshalb auf der Stufe Verordnung festgelegt werden.

2. Ausnahmen

Ausgenommen von dieser Teilrevision ist die elektronische Führung des Einspracheverfahrens. Dies soll zu einem späteren Zeitpunkt geregelt werden bzw. es soll vorerst weiterhin beim schriftlichen (Papier)Verfahren bleiben.²

Ausserdem soll lediglich das in der Zuständigkeit des Bau- und Gastgewerbeinspektorats (BGI) liegende Baubewilligungsverfahren elektronisch geführt werden. Alle weiteren im BPG bzw. der dazugehörigen Verordnung geregelten Verfahren (z.B. Nutzungsplanverfahren oder Bebauungsplanverfahren) werden weiterhin noch schriftlich, d.h. in Papierform, geführt und auch physisch öffentlich zur Einsicht aufgelegt. Verfahren anderer Bewilligungsbehörden werden hier nicht behandelt.

¹ Vgl. §§ 84 und 85 BPG.

² Vgl. dazu auch das Projekt des Digital Lab-Projekt «eVerfügung / eRekurs» (<https://digital-basel.ch/digital-lab/>; letztmals besucht am 8. Oktober 2025).

3. Erläuterungen zu den einzelnen Bestimmungen

3.1 Webbasiertes Baubewilligungsverfahren

3.1.1 Allgemeines

Seit rund zwei Jahren steht für Gesuchstellende das webbasierte Online-Baubegehren (OBG) zur Verfügung. Ein elektronischer Erfassungsassistent führt durch den Prozess und die Gesuchstellenden finden im OBG alle Anforderungen, gesetzlichen Grundlagen und weiteren relevanten Informationen. Ende Februar 2025 wurde als nächster Schritt die über zwanzigjährige Bewilligungs-Software durch eine zeitgemässe und anwendungsfreundlichere Software abgelöst. Die rein digitale Eingabe im Baubewilligungsverfahren mit vollständigem Verzicht auf Papierdossiers ist per Frühling 2026 geplant. Ältere oder technisch weniger affine Personen werden von der Bewilligungsbehörde bei der elektronischen Eingabe unterstützt.³

Die Bau- und Planungsverordnung macht formale Vorgaben zur Eingabe eines Baubegehrens. Demnach muss ein amtliches Formular eingereicht und Pläne beigelegt werden. Praxisgemäss muss der Gesuchstellende dazu das amtliche Formular und die dazugehörigen Unterlagen in mehrfacher Ausführung ausdrucken. Die generelle Schriftlichkeit des Baubewilligungsverfahrens schlägt sich denn auch in den vom BGI erlassenen Ausführungsbestimmungen⁴ nieder.

Zur Umsetzung der künftig elektronischen Einreichung und Bearbeitung der Baubegehren bietet sich eine Änderung des bereits bestehenden § 38 BPV an.

3.1.2 Vergleich mit Regelungen anderer Kantone

Im Rahmen der Ausarbeitung der vorliegenden Änderungen der BPV wurden rechtsvergleichende Recherchen bezüglich einzelner Kantone mit bestehender oder im Aufbau begriffener Möglichkeit zur digitalen Eingabe von Baubewilligungen vorgenommen.

Der Kanton *Zürich* sieht vor, dass Baugesuche sowie Gesuchsunterlagen über eine elektronische Plattform eingereicht werden können. Dies war bis zur Revision 2024 lediglich *zusätzlich* zur schriftlichen Einreichung möglich, seit dem 1. Dezember 2024 jedoch wird das Verfahren komplett elektronisch abgewickelt.⁵ Dabei ist eine Übergangsfrist von drei Jahren vorgesehen, danach soll es nicht mehr möglich sein, Gesuche in Papierform einzureichen.⁶ Das Gesuch muss entweder mit einer zertifizierten elektronischen Signatur (QES) unterzeichnet werden oder mit einer handschriftlich unterzeichneten Eingabequittung, die in Papierform abgegeben werden kann.⁷ Die Akteneinsicht und die öffentliche Auflage erfolgen ebenfalls und ausschliesslich über die elektronische Plattform.⁸

Im Kanton *Luzern* muss derzeit das Baugesuch digital sowie zusätzlich in Papierform eingereicht werden. Das elektronische Gesuch kann mit eigenhändig unterzeichnetem Unterschriftenblatt im PDF-Format oder mit zertifizierter elektronischer Signatur eingereicht werden.⁹ Die Publikation erfolgt im Internet und im Kantonsblatt, wobei das Baugesuchsformular inklusive der Pläne seit dem

³ Dies ist im Sinne eines umfassenden *Service public* notwendig, vgl. auch BGer 1C_137/2018 und 1C_139/2018 vom 27. November 2018 E. 5.4, wonach die rein elektronische Herausgabe des kantonalen Amtsblattes keine Diskriminierung älterer Personen darstellt.

⁴ Ausführungsbestimmungen zur Bau- und Planungsverordnung vom 29. März 2018 (ABPV; SG 730.115); vgl. dort §§ 19 - 22.

⁵ § 328 b Planungs- und Baugesetz vom 7. September 1975 (PBG; LS 700.1).

⁶ Erläuterungen PBG ([https://www.notes.zh.ch/appl/zhlex_r.nsf/WebView/163009A3AD516A71C1258BDD00448BE6/\\$File/700.1_7.9.75_127.pdf](https://www.notes.zh.ch/appl/zhlex_r.nsf/WebView/163009A3AD516A71C1258BDD00448BE6/$File/700.1_7.9.75_127.pdf); letztmals besucht am 8. Oktober 2025).

⁷ § 328 b PBG; § 6 Abs. 1 und 2 sowie § 6a der Bauverfahrensverordnung vom 3. Dezember 1997 (BVV; LS 700.6).

⁸ § 328 c PBG; § 6 Abs. 1 lit. c PBG.

⁹ § 188 Abs. 1 des Planungs- und Baugesetzes vom 7. März 1989 [PBG; SRL 735] i.V.m. § 55 und 56 der Planungs- und Bauverordnung vom 29. Oktober 2013 [PBV; SRL 736]).

1. Januar 2024 von den Gemeinden während der Auflage passwortgeschützt im Internet zur Einsicht bereitzustellen ist. Das Passwort wird nur auf individuelle Anfrage hin bekanntgegeben.¹⁰ Die Möglichkeit, die Akten physisch einzusehen, besteht aber weiterhin.¹¹

Im Kanton *Fribourg* sind Gesuchstellende wie auch Verwaltungsbehörden verpflichtet, das gesamte Baubewilligungsverfahren mit der durch den Kanton zur Verfügung gestellten Informatik Anwendung durchzuführen. Mindestens ein Exemplar des Baugesuchs muss jedoch weiterhin in Papierform eingereicht werden.¹² Auch der Kanton *Neuenburg* verpflichtet die Gesuchstellenden zur Nutzung des digitalen Baubewilligungsverfahrens, sieht jedoch keine zusätzliche Papiereingabe mehr vor.¹³ Der Kanton *Waadt* gibt einzig vor, dass die Gemeinden das schriftlich eingereichte Dossier digital abzulegen haben;¹⁴ ähnlich ist das Vorgehen des Kantons *Tessin*.¹⁵

Der Kanton *Graubünden* hat auf Gesetzesstufe definiert, dass der Regierungsrat das elektronische Baubewilligungsverfahren zu ermöglichen und die dazu notwendigen Vorschriften zu erlassen hat. Es gibt eine kantonale Web-Plattform «eBau», die seit 2024 für die Gemeinden gestaffelt in Betrieb geht. Dabei entscheiden jeweils die Gemeinden, ob sie die elektronische Eingabe überhaupt anbieten wollen, die Baugesuchs-Eingabe in Papierform ist somit auch weiterhin möglich.¹⁶

Ähnliches gilt im Kanton *Schwyz*, wobei jedoch der Verordnung keinerlei Informationen zum digitalen Baubewilligungsprozess zu entnehmen sind. Auch hier sind alle Eingaben via Bewilligungsplattform eBau einzureichen, allerdings zusätzlich zu zwei Papierdossiers.¹⁷

Im Kanton *Solothurn* wird der Regierungsrat per Verordnung ermächtigt, mittels weiterer Verordnung die Voraussetzungen für Baugesuchverfahren auf elektronischem Wege zu regeln. Ferner verfolgt das Projekt «eBauSO» das Ziel, die Baugesuchverfahren in das Dienstleistungsangebot des kantonalen eGovernment-Portals einzubinden und den gesamten Ablauf mit den Gesuchstellenden und den Behörden digital und papierlos zu gestalten. Aktuell läuft ein Pilotprojekt mit sechs Pilotgemeinden.¹⁸

Im Kanton *Wallis* besteht seit dem 1. Januar 2025 für Bauherren und für die Gemeinden die Möglichkeit, entweder die elektronische Plattform zu nutzen oder das Baugesuch alternativ in Papierform einzureichen. Auf elektronischem Wege eingereichte Dossiers sind zu validieren. Die Gesuchstellenden müssen ein Benutzerkonto erstellen und sich mittels einer eID identifizieren.¹⁹

Der Kanton *Bern* nimmt den Regierungsrat in die Verpflichtung, das Baubewilligungsverfahren digital zu führen. Dafür sieht er die sinngemässe Anwendung der Vorschriften des regulären Baubewilligungsverfahrens auf das elektronische Verfahren vor. Die Unterlagen müssen jedoch physisch und digital bei der jeweiligen Gemeinde aufgelegt werden, wobei die physische Version massgebend sein soll.²⁰

¹⁰ § 58 Abs. 1 und 2 PBV LU.

¹¹ <https://www.stadtluern.ch/aktuelles/newslist/2092696> (letztmals besucht am 8. Oktober 2025).

¹² Art. 135a und 135b des Raumplanungs- und Baugesetz vom 2. Dezember 2008 (RPBG; SGF 710.1) i.V.m. Art. 88, 89 sowie 89a des Ausführungsreglements zum Raumplanungs- und Baugesetz vom 1. Dezember 2009 (RPBR; SGF 710.11).

¹³ Art. 33a und 33b des Loi sur les constructions vom 25. März 1996 (LConstr; RSN 720.0), § 42 und 45 des Règlement d'exécution de la loi sur les constructions vom 16. Oktober 1996 (RELConstr; RSN 720.1) sowie das dazugehörige Règlement sur le système automatisé de traitement des autorisations de construire et son accès par le guichet sécurisé unique vom 18. Juni 2014 (RSATACGSU; RSN 720.6).

¹⁴ Art. 108 des Loi sur l'aménagement du territoire et les constructions vom 4. Dezember 1985 (LATC; BLV 700.11) i.V.m. Art. 73 Abs. 2 und 3 des Règlement d'application de la loi du 4 décembre 1985 sur l'aménagement du territoire et les constructions vom 19. September 1986 (RLATC; BLV 700.11.1).

¹⁵ Art. 18 Abs. 1^{bis} des Regolamento di applicazione della Legge edilizia vom 9. Dezember 1992 (RLE; RL 705.110).

¹⁶ Art. 92 Abs. 3^{bis} des Raumplanungsgesetzes für den Kanton Graubünden vom 6. Dezember 2004 (KRG; BR 801.100); Art. 4 der Raumplanungsverordnung für den Kanton Graubünden vom 24. Mai 2005 (KRVO; BR 801.110); [https://www.gr.ch/DE/institutionen/verwaltung/dvs/are/projekte/Seiten/Elektronisches-Baubewilligungsverfahren-\(eBBV\).aspx](https://www.gr.ch/DE/institutionen/verwaltung/dvs/are/projekte/Seiten/Elektronisches-Baubewilligungsverfahren-(eBBV).aspx) (letztmals besucht am 8. Oktober 2025).

¹⁷ Art. 91 Abs. 3 und 4 des Planungs- und Baugesetzes vom 14. Mai 1987 (PBG; SRSZ 400.100); Planungs- und Bauverordnung vom 2. Dezember 1997 (PBV; BSG 400.111).

¹⁸ § 14^{bis} der Kantonalen Bauverordnung vom 3. Juli 1978 (KBV; BGS 711.61); <https://so.ch/verwaltung/bau-und-justizdepartement/departementssekretariat/projekt-elektronisches-baubewilligungsverfahren-ebauso/> (letztmals besucht am 8. Oktober 2025).

¹⁹ Art. 24 Abs. 1 der Bauverordnung vom 22. März 2017 (BauV; SGS 705.100); <https://www.vs.ch/de/web/sajnte/portail-utilisateurs> (letztmals besucht am 8. Oktober 2025).

²⁰ Art. 34a des Baugesetzes vom 9. Juni 1985 (BauG; BSG 721.0); Art. 104 der Bauverordnung vom 6. März 1985 (BauV; BSG 721.1); Art. 27 und 28 des Dekrets über das Baubewilligungsverfahren vom 22. März 1994 (BewD, BSG 725.1).

Der Kanton *Basel-Landschaft* schliesslich hat sich bisher keine spezifischen Rechtsgrundlagen im Hinblick auf das elektronisch geführte Baubewilligungsverfahren gegeben; ebenso wenig wie die Kantone *Aargau*, *Nidwalden*, *Obwalden*, *Schaffhausen* und *Uri*, auch wenn das Einreichen der Gesuche elektronisch (neben der Papiereingabe) möglich ist und auch die Planaufgaben (zum Teil) elektronisch erfolgen.²¹

3.1.3 Konkrete Änderungen

Bau- und Planungsverordnung vom 19.12.2000	Änderungen
§ 38	§ 38
¹ Baubeglehen sind auf dem amtlichen Formular einzureichen. Die zur Prüfung des Vorhabens nötigen Pläne und Beschreibungen sowie Anträge auf Ausnahmbewilligungen sind beizulegen.	¹ Baubeglehen, <u>für die das Bau- und Gastgewerbespektorat zuständig ist, sind elektronisch</u> einzureichen. Die zur Prüfung des Vorhabens nötigen Pläne und Beschreibungen sowie Anträge auf Ausnahmbewilligungen sind <u>beizufügen</u> .
³ Das Baubeglehen ist von der Bauherrschaft und der von ihr bezeichneten Fachperson im Original zu unterzeichnen. Gehört das Grundstück nicht der Bauherrschaft, sind auch die Unterschriften der Grundeigentümerinnen und Grundeigentümer oder bei Baurechtspartellen der Bauberechtigten erforderlich.	³ <u>Das Unterschriftenblatt ist von der Bauherrschaft und der von ihr bezeichneten Fachperson zu unterzeichnen. Gehört das Grundstück nicht der Bauherrschaft, sind auch die Unterschriften der Grundeigentümerinnen und Grundeigentümer oder bei Baurechtspartellen der Bauberechtigten erforderlich.</u>
⁵ Die Anforderungen an Inhalt und Form des generellen Baubeglebens legt das Bauinspektorat nach Anhörung der interessierten Fachinstanzen im Einzelfall fest. Dieser Entscheid ist nicht anfechtbar.	⁵ Die Anforderungen an Inhalt und Unterlagen des generellen Baubeglebens legt <u>die Bewilligungsbehörde</u> im Einzelfall fest. Dieser Entscheid ist nicht anfechtbar.

3.1.4 Erläuterungen zu § 38 BPV

Die Gesuchstellenden werden bei Einreichung des Baubeglebens über die kantonale Web-Plattform OBG webbasiert durch die erforderlichen Bearbeitungsschritte geführt. In einem dieser Schritte werden die Gesuchstellenden aufgefordert, die am Verfahren beteiligten Personen zu benennen bzw. zu konfigurieren. Am Ende dieser Konfiguration wird ein Unterschriftenblatt erstellt, welches zu unterzeichnen ist und anschliessend auf der Web-Plattform hochgeladen werden muss. Andernfalls kann das elektronische Baubeglehen nicht abgeschlossen und damit nicht definitiv eingereicht werden. Am Ende aller Bearbeitungsschritte wird schliesslich ein sogenanntes «Belegexemplar» erstellt, auf dem alle eingereichten Unterlagen und Daten detailliert zusammengestellt sind. Dieses «Belegexemplar» entspricht dem heutigen analogen «amtlichen Formular». Gestützt auf diese Vorgaben wird Absatz 1 entsprechend geändert. Wie erwähnt betrifft dies nur diejenigen Verfahren, für die einzig das BGI zuständig ist, weshalb dies in Absatz 1 explizit aufgenommen wird.²²

Das Erfordernis der Unterschriften auf einem Baubeglehen nach Absatz 3 stellt gemäss bundesgerichtlicher Rechtsprechung lediglich eine sogenannte Ordnungsvorschrift dar.²³ Die Unterschrift

²¹ Für Uri vgl. etwa <https://adfinis.com/kanton-uri/> (letztmals besucht am 8. Oktober 2025).

²² Beglehen an die TBA-AV etwa können auch noch analog eingereicht werden, in jenen Verfahren gibt es auch kein Unterschriftenblatt.

²³ Vgl. BGE 1C_143/2022 vom 28. Mai 2024 E. 2.3-5, insbesondere dürfen n Baubehörden die Prüfung von Baugesuchen nur verweigern, wenn die zivilrechtliche Bauberechtigung der Bauherrschaft offensichtlich fehlt bzw. das Bauvorhaben offenkundig Eigentumsrechte Dritter verletzt, zumal im Bau-

soll gewährleisten, dass die gesuchstellende Person eine ausreichende Nähe zur Eigentümerschaft und damit ein schutzwürdiges Interesse an der Beurteilung ihres Gesuches hat. Insbesondere soll damit der Bewilligungsbehörde erspart bleiben, Bauvorhaben einer zeitaufwändigen Prüfung zu unterziehen, wenn deren Verwirklichung von vornherein am Widerstand der Verfügungsberechtigten scheitert. In diesen Fällen liegt es im Ermessen der Bewilligungsbehörde, ob es nach dieser vorfrageweisen Würdigung das Baubaugesuch genauer prüft oder mangels Erfüllung des Unterschriftenerfordernisses das Nichteintreten auf das Baubaugesuch verfügt.²⁴ Die Bauherrschaft bekundet ausserdem bereits mit der Benützung der Web-Plattform OBG ihren Willen, ein Baubaugesuch einzureichen. Deshalb ist es nicht notwendig, das Baubaugesuch und die Beilagen eigenhändig, d.h. im Original, oder mit zertifizierter elektronischer Unterschrift (QES) gemäss dem Bundesgesetz über die elektronische Signatur vom 18. März 2016 (ZertES, SR 943.03) zu unterzeichnen, dies dient einzig einer erhöhten Beweiskraft im Streitfall. Bereits aus diesen Gründen und auch aufgrund der Tatsache, dass die meisten Privatpersonen bisher nicht über eine qualifizierte elektronische Signatur verfügen, ist eine einfache elektronische Signatur (EES) wie etwa eine eingescannte handschriftliche Unterschrift ausreichend.²⁵

Das BGI kann ausserdem per interner Weisung festlegen, dass weiterhin für einen gewissen Zeitraum (in Form einer Übergangsfrist) physische Baubaugesuchseingaben akzeptiert werden.

3.2 Elektronische Auflage/Publikation

3.2.1 Allgemeines

Nach Art. 33 Abs. 2 des Bundesgesetzes über die Raumplanung vom 22. Juni 1979 (Raumplanungsgesetz, RPG; SR 700) müssen die Kantone gegen Verfügungen in Bausachen, also insbesondere Baubewilligungen, ein kantonales Rechtsmittel vorsehen. Damit das Beschwerderecht auch von Dritten, beispielsweise Nachbarinnen, Mietern, Pächterinnen und weiteren wahrgenommen werden kann, muss grundsätzlich eine Veröffentlichung des Gesuchs in einem amtlichen Publikationsorgan vorgenommen werden; dies ist ein Ausfluss des verfassungsmässig geschützten Grundrechts auf rechtliches Gehör. Konkret dient die Publikation von Baubaugesuchen in Basel-Stadt (ob physisch oder elektronisch im Internet) also dazu, allfällig Betroffenen die Möglichkeit zu geben, gegen ein geplantes Bauvorhaben Einsprache zu erheben. Zudem ermöglicht die Veröffentlichung interessierten Kreisen (z.B. Journalisten), sich über geplante Bauvorhaben zu informieren.

Gemäss dieser Bundesvorgabe wurden bislang das ordentliche und das generelle Baubaugesuch im Kantonsblatt und im Internet angezeigt (§ 45 Abs. 1 und 3 BPV). Die Unterlagen des Baubaugesuchs konnten während der Einsprachefrist beim BVD eingesehen werden (§ 47 Abs. 1 BPV). Künftig soll die Einsicht ausschliesslich elektronisch erfolgen, denn mit der Möglichkeit zur elektronischen Einreichung des Baubaugesuchs durch Private und die digitale Bearbeitung durch die Behörden entsteht ein legitimes Interesse der Bevölkerung daran, auch die Unterlagen des Baubaugesuchs in elektronischer Form einsehen zu können. Die Einsicht beim BVD wird künftig ebenfalls nur noch elektronisch, d.h. vor Ort über das Internet, möglich sein. Dies widerspricht im Übrigen auch nicht den Vorgaben des Publikationsgesetzes bzw. der dazugehörigen Verordnung, wonach Pläne und grafische Darstellungen als veröffentlicht gelten, sobald sie im Internet einsehbar sind oder bei der zuständigen Behörde aufliegen.²⁶

bewilligungsverfahren grundsätzlich einzig festgestellt wird, ob das Bauvorhaben mit den öffentlich-rechtlichen Vorschriften übereinstimmt und die zivilrechtliche Bauberechtigung der Person, die das Baugesuch stellt, nicht im Vordergrund steht (mit Verweis auf BGer 1C_432/2021 vom 27. Juli 2022 E. 3.1.2, mit Hinweisen).

²⁴ Vgl. BGer 1C_663/2015 vom 5. April 2016 E. 3.6 mit weiteren Hinweisen; BRKE i.S. C.M. vom 26. September 2018 Ziff. 8; BRKE i.S. K.T. und R.W. vom 30. Januar 2019, Ziff. 8.

²⁵ Vgl. etwa auch Regelungen im Aargau, wonach das Unterschriftenblatt zwar unterzeichnet werden muss, dieses aber eingescannt und im System «eBau» hochgeladen werden kann (<https://www.ag.ch/media/kanton-aargau/bvu/bauen/baubewilligungen/ebauaargau/ebau-aargau-benutzeranleitung-gesuchseingabe-v2-1.pdf>; letztmals besucht am 8. Oktober 2025); § 51 der Bauverordnung vom 25. Mai 2011 (BauV, SAR 713.122).

²⁶ § 5 Abs. 1 der Verordnung zum Gesetz über Publikationen im Kantonsblatt und über die Gesetzessammlung des Kantons Basel-Stadt vom 11. Dezember 2028 (Publikationsverordnung, PublV).

3.2.2 Datenschutz

Bei der digitalen Planauflage muss dem Umstand Rechnung getragen werden, dass sich eine Veröffentlichung der Unterlagen des Baubereichs inklusive der darin enthaltenen Personendaten wesentlich von einer Bekanntgabe durch eine Einsichtnahme der physischen Unterlagen vor Ort unterscheidet, auch wenn die Bekanntgabe exakt dieselben Personendaten umfasst. Im Internet veröffentlichte Daten sind jederzeit und durch jede Person weltweit abrufbar, über das Internet ist somit eine viel schnellere und grössere Verbreitung der Daten möglich und die Daten sind für eine viel grössere Anzahl Personen einsehbar. Zudem hat die publizierende Behörde keine Möglichkeit, die Verwendung und Verbreitung der Daten zu kontrollieren, wenn die Daten einmal im Internet sind. Die Daten lassen sich schliesslich – wenn überhaupt – nur unter erheblichem Aufwand aus dem Internet entfernen (d.h. löschen). Diese Sachlage führt dazu, dass sich bei einer Publikation im Internet auch für gewöhnliche Personendaten erhöhte Datenschutzanforderungen ergeben können. Im öffentlich-rechtlichen Bereich bedeutet dies, dass an die inhaltliche Ausgestaltung der gesetzlichen Grundlagen erhöhte Anforderungen zu stellen sind und der Grundsatz der Verhältnismässigkeit verstärkt zu beachten ist (Einsicht in so viele Daten wie nötig, aber so wenig wie möglich).

3.2.3 Vergleich mit Regelungen anderer Kantone

In Ergänzung zu den Ausführungen in Kap. 3.1.2 ist Folgendes festzustellen: Die Kantone Basel-Landschaft und Uri haben in Stellungnahmen zu Anfragen aus den jeweiligen kantonalen Parlamenten zur Thematik des Datenschutzes Auskunft gegeben. Während der Kanton Basel-Landschaft grundsätzlich keine datenschutzrechtlichen Probleme sieht, welche nicht auch bei der Einsichtnahme in die physischen Akten auftreten würden, anerkennt er zumindest, dass allenfalls Sicherheitsvorkehrungen zur Verhinderung der zielgerichteten Sammlung schützenswerter Daten vorzusehen seien.²⁷ Der Kanton Uri hingegen verwies darauf, dass gewisse persönliche oder sicherheitsrelevante Daten von Amtes wegen, andere hingegen durch ausdrückliche Erklärung der Gesuchstellenden zu schwärzen seien. Auch seien sämtliche Dokumente nach Ablauf der gesetzlichen Einsprachefrist aus dem Internet zu entfernen.²⁸ Der Kanton Luzern hat hingegen wie erwähnt seit 2024 aus Datenschutzgründen einen Zugriffsschutz eingeführt, damit Informationen zu den Baugesuchen nicht für automatische Abfragen (Suchmaschinen und andere Portale) zugänglich sind.²⁹

3.2.4 Konkrete Änderungen

Bau- und Planungsverordnung vom 19.12.2000	Änderungen
§ 45	§ 45
¹ Das Bauinspektorat zeigt das ordentliche Baubehören im Kantonsblatt und im Internet an.	¹ Die <u>Bewilligungsbehörde publiziert das ordentliche Baubehören mit den notwendigen Gesuchsunterlagen sowie mit den Angaben zur Bauherrschaft und den Projektverfassenden während der Einsprachefrist im Kantonsblatt und im Internet.</u>
	^{1bis} <u>Die Bewilligungsbehörde kann ausnahmsweise auf die Publikation der Gesuchsunterlagen verzichten, wenn dies zum Schutz der öffentlichen Sicherheit notwendig ist.</u>

²⁷ Vgl. Bericht des Regierungsrates Nr. 2014/371 vom 4. November 2014 zum Postulat 2010/426 von Simon Trinkler vom 9. Dezember 2010 betreffend Digitale Planauflage.

²⁸ Vgl. Antwort des Regierungsrates Nr. 2018-42 R-362-28 vom 23. Januar 2018 zur Interpellation Christian Schuler, Erstfeld, zu Einsicht der Bauplanauflagen via www.ur.ch.

²⁹ Vgl. <https://www.seantis.ch/success-stories/online-planaufgabe/> (letztmals besucht am 8. Oktober 2025).

² Das vereinfachte Baubegehren wird nicht angezeigt.	² Das vereinfachte Baubegehren wird nicht <u>publiziert</u> .
³ Das generelle Baubegehren wird öffentlich angezeigt.	³ Das generelle Baubegehren wird <u>publiziert</u> .
§ 47 ¹ Die Gesuchsunterlagen können während der Einsprachefrist beim Bau- und Verkehrsdepartement eingesehen werden.	§ 47 <u>gestrichen</u>

3.2.5 Erläuterungen zu den §§ 45 und 47 BPV

Zunächst wird neben der Änderung in § 45 bezüglich der Begrifflichkeiten (vgl. dazu unten, Kap. 3.3.5 «publizieren» statt «anzeigen») neu festgelegt, dass nur die *notwendigen* Unterlagen des Baubegehens, insbesondere die Planunterlagen, während der Einsprachefrist im Internet publiziert werden. Hierdurch wird dem öffentlichen Interesse eines transparenten Baubewilligungsverfahrens Rechnung getragen. Die Begrenzung der Publikationsdauer im Internet auf die Dauer der Einsprachefrist entspricht der Auflagedauer des bisherigen physischen Pendantes. Die Begrenzung auf die notwendigen Unterlagen berücksichtigt ferner, wie vorstehend bereits erwähnt, die datenschutzrechtlichen Grundsätze von Treu und Glauben, die Verhältnismässigkeit bei der Bearbeitung von Personendaten natürlicher Personen und die Datensparsamkeit.³⁰ Nicht notwendig ist deshalb insbesondere die Offenlegung von Personendaten, welche zur Beurteilung der rechtlichen Zulässigkeit eines Baubegehens nicht unbedingt erforderlich sind. Daher werden weder das «Belegexemplar» noch das «Unterschriftenblatt» im Internet publiziert. Neu findet aber die Publikation der notwendigen Angaben zur Bauherrschaft und den Projektverfassenden Eingang in § 45 BPV. Dies war bislang nur auf Stufe Ausführungsbestimmungen geregelt (§ 39 ABPV, Ausführungsbestimmungen zur Bau- und Planungsverordnung), was als notwendige gesetzliche Grundlage für die Weitergabe von Personendaten in datenschutzrechtlicher Hinsicht nicht ausreicht.³¹ Genannt werden Strasse und Hausnummer sowie Sektion und Parzellennummer und insbesondere der Name der Bauherrschaft und der Projektverfassenden. Eine Bekanntgabe der Telefonnummer oder E-Mailadresse der Bauherrin oder des Bauherrn rechtfertigt sich unter Anwendung der genannten Datenschutzgrundsätze dagegen nicht. Durch die Anwendung der webbasierten Lösung (OBG) kann die Bauherrin oder der Bauherr bzw. die Architektin oder der Architekt ankreuzen, ob er oder sie damit einverstanden ist, dass solche Daten im Internet veröffentlicht werden. Wird dies verneint, sind sensible Personendaten entsprechend unkenntlich zu machen, d.h. zu schwärzen. Somit werden künftig weniger Unterlagen publiziert, als dies in analoger Form erfolgt ist.

Das BGI trägt bei der Publikation im Internet ausserdem allfälligen überwiegenden privaten Geheimhaltungsinteressen der Beteiligten Rechnung, was im Übrigen der Umsetzung von § 29 IDG entspricht.

Grundsätzlich ist die Konservierung der Daten im Internet, wenn sie einmal publiziert wurden, von den Behörden nur schwer zu kontrollieren. Aus diesem Grund muss durch die zuständige Behörde einerseits gewährleistet werden, dass die Akten grundsätzlich nur während der Einsprachefrist im Internet eingesehen werden können. Die Publikation im Internet erfolgt unter Anwendung angemessener technischer und organisatorischer Massnahmen, wodurch die notwendigen Gesuchsunterlagen vor späteren Zugriffen durch Webarchive («Wayback Machine» und dergleichen) geschützt werden. Das BGI stellt somit sicher, dass die Unterlagen nach Ablauf der Einsprachefrist automatisch gelöscht werden und Serienabfragen ausgeschlossen sind. Andererseits kann aber auch nicht verhindert werden, dass während der Zeit der Publikation keine Speicherungen von Daten wie etwa durch Bildschirmfotos («Screenshots») stattfinden.

³⁰ Vgl. dazu § 9 des Gesetzes über die Information und den Datenschutz vom 9. Juni 2010 (IDG; SG 153.260).

³¹ Vgl. dazu § 21 IDG.

Der neue Absatz 1^{bis} betrifft die vollständige Unterlassung der Publikation im Internet. Diese soll dann möglich sein, wenn potenziell damit verbundene Informationsgewinne die öffentliche Sicherheit oder die Sicherheit des Staates gefährden können. Dies betrifft beispielsweise Grundrisse von Haftanstalten, Polizeistationen oder Gebäuden des Kantonalen Krisenstabes oder Einsatzzentralen von Blaulichtorganisationen. Zu denken ist ferner auch an infrastrukturkritische Bauvorhaben durch den Kanton Basel-Stadt selbst oder dessen öffentlich-rechtliche Anstalten – z.B. im Rahmen von Versorgungssystemen aller Art (Strom, Wasser, Internet usw.). In solchen Fällen kann ein überwiegendes öffentliches Interesse einer Publikation im Internet und je nach Sachlage auch einer Einsichtnahme entgegenstehen. Diese Bestimmung ist restriktiv auszulegen.

Durch die Veröffentlichung im Internet entfällt eine explizite Erwähnung der Möglichkeit einer Einsichtnahme beim BVD, § 47 kann daher gestrichen werden. Für Interessierte, denen eine Einsicht im Internet selbst nicht möglich ist, besteht aber weiterhin die Möglichkeit, dies in Räumlichkeiten des BVD an einem Computer vorzunehmen. Es dürfte sich aber wohl um Einzelfälle handeln.³²

3.3 Weitere Anpassungen

3.3.1 Änderungen der Hausnummer

3.3.1.1 Konkrete Änderungen

Bau- und Planungsverordnung vom 19.12.2000	Änderungen
§ 23 ⁴ Von der Verwaltung veranlasste Änderungen der Hausnummerierung sind gebührenfrei.	§ 23 ⁵ <u>Die Grundeigentümerinnen und Grundeigentümer tragen die Kosten für die von ihnen verursachten Änderungen der Hausnummerierung.</u>

3.3.1.2 Erläuterungen zu § 23 BPV

Im Zuge der Digitalisierung des Baubewilligungsverfahrens wird auch das Verfahren zur Vergabe der Hausnummern vereinfacht und direkt im Baubewilligungsverfahren koordiniert. Die daraus entstehende Kostenregelung betreffend private Grundeigentümerinnen und Grundeigentümer ist bislang jedoch nur auf Stufe Ausführungsbestimmung geregelt (vgl. § 23 ABPV). Eine Übernahme in § 23 BPV in einem ergänzenden Absatz 5 bietet sich im Rahmen dieser Revision daher an. Bislang impliziert § 23 Abs. 4 BPV *e contrario* lediglich, dass die Grundeigentümerinnen und Grundeigentümer die Gebühren tragen müssen. Mit der Übernahme von § 23 Absatz 5 ABPV in die BPV wird die Kostentragung für Grundeigentümer deutlich.

3.3.2 Anpassung der Bearbeitungsfrist

3.3.2.1 Konkrete Änderungen

Bau- und Planungsverordnung vom 19.12.2000	Änderungen
§ 42 ³ Wird die Kanalisationsbewilligung im Rahmen der Baubewilligung erteilt, so beträgt die Bearbeitungsfrist dafür 8 Wochen.	§ 42 <u>Abs. 3 gestrichen</u>

³² Im TBA-AV etwa ist eine Einsicht der Unterlagen vor Ort vorerst weiterhin möglich.

3.3.2.2 Erläuterungen zu § 42 BPV

Bereits seit Februar 2025 setzt das BGI allen im Baubewilligungsverfahren involvierten Fachinstanzen denselben Termin für den Abschluss der Prüfung bzw. Beurteilung. Das bedeutet, dass auch für die Liegenschaftsentwässerung die üblichen zwei Wochen Bearbeitungsfrist im internen Bearbeitungssystem («BBG+») gelten. Absatz 3 kann daher gestrichen werden.

3.3.3 Einsprachen

3.3.3.1 Konkrete Änderungen

Bau- und Planungsverordnung vom 19.12.2000	Änderungen
§ 48 ¹ Einsprachen sind innert 30 Tagen nach der Anzeige des Baubegehrens im Kantonsblatt im Doppel beim Bauinspektorat einzureichen. Sie müssen eine Begründung enthalten.	§ 48 ¹ Einsprachen sind innert 30 Tagen nach der Anzeige des Baubegehrens im Kantonsblatt bei der <u>Bewilligungsbehörde</u> einzureichen. Sie müssen eine Begründung enthalten.

3.3.3.2 Erläuterungen zu § 48 BPV

Das Einspracheverfahren selbst wird wie eingangs erwähnt (vgl. Kap. 2) zwar vorerst noch weiterhin in Papierform abgewickelt werden. Mit der Digitalisierung des Baubewilligungsverfahrens entfällt aber die physische Zirkulation der eingehenden Einsprachen innerhalb der Fachinstanzen. Daher muss die Einsprache auch nicht mehr im Doppel eingereicht werden, einfach genügt.

3.3.4 Zuständigkeiten

Die Zuständigkeiten für die einzelnen baurechtlichen Verfahren sind grundsätzlich in § 33 ff. BPV geregelt. Demnach ist das BGI für den Vollzug der Bauvorschriften zuständig, sofern nichts anderes bestimmt ist (§ 33 Abs. 1 BPV). Ferner vollzieht die Stadtgärtnerei die Vorschriften über Bäume und Sträucher an der Grenze zur Allmend (§ 34 Abs. 1 BPV) und das Tiefbauamt (TBA) leitet das Bewilligungsverfahren für Bauten und Anlagen auf der Allmend (§ 34 Abs. 2 BPV).

Nun sind die gewählten Begrifflichkeiten nicht immer stimmig, so etwa, wenn statt dem BGI (auch) das TBA zuständig sein kann. Ferner wurde der (alte) Begriff «Bauinspektorat» im Zuge diverser Revisionen mittels Fussnoten durch «Bau- und Gastgewerbeinspektorat» ersetzt, was die Verordnung schwer leserlich macht. Dasselbe gilt für die Umbenennung des Hochbau- und Planungsamts in Dienststelle Städtebau und Architektur. Dies soll mit der vorliegenden Revision verbessert werden. Hinsichtlich der Zuständigkeiten wird neu der neutrale Begriff der «Bewilligungsbehörde» gewählt, wodurch auch die diesbezüglich erwähnten vielen Fussnoten entfallen. Sofern aber eine *bestimmte* Bewilligungsbehörde zuständig sein soll, wird diese ausdrücklich benannt. Schliesslich wurden auch einige wenige sprachliche Anpassungen vorgenommen.

Im vorliegenden Erläuterungsbericht wird aus Gründen der Übersichtlichkeit auf eine separate Nennung all dieser angepassten Paragraphen verzichtet und auf die Synopse verwiesen.

3.3.5 Anpassung von Begrifflichkeiten

3.3.5.1 Allgemeines

Die aktuelle Fassung der BPV spricht an diversen Stellen jeweils von «Anzeigen». Dieser Begriff hat sich in der Praxis jedoch als missverständlich erwiesen. Gemeinhin wird darunter eine Reklama-

mation an die Bewilligungsbehörde verstanden. Je nach Kontext in der BPV ist damit aber entweder eine bestimmte Meldung an die Bewilligungsbehörde oder aber die Publikation eines Begehrens gemeint.

Ferner werden einzelne Bestimmungen, die sich in der Praxis als untauglich erwiesen haben, gestrichen. Dies betrifft die Erwähnung von «Listen» und Vorgaben zu Unterlagen, über welche die Bewilligungsbehörde Auskunft geben soll. Es handelt sich dabei nämlich stets um Informationen, die sich direkt aus den ABPV ergeben.

Eine Anpassung der entsprechenden Paragraphen im Rahmen dieser Revision bietet sich daher an.

3.3.5.2 Konkrete Änderungen

Bau- und Planungsverordnung vom 19.12.2000	Änderungen
§ 27 ¹ Bei geringfügigen Bauvorhaben genügt eine Anzeige an das Bauinspektorat. Das Bauinspektorat führt eine Liste von Vorhaben, welche dieser Anforderung genügen. ² Die Meldung ist dem Bauinspektorat mindestens zwei Wochen vor Arbeitsbeginn auf dem amtlichen Formular zu erstatten. Vorhaben in der Stadt- und Dorfbild-Schutzzone und an eingetragenen Denkmälern sind zwei Monate vorher auch der Denkmalpflege zu melden.	§ 27 ¹ Bei geringfügigen Bauvorhaben genügt eine <u>Meldung an die Bewilligungsbehörde</u> . ² Die Meldung ist der <u>Bewilligungsbehörde</u> mindestens zwei Wochen vor Arbeitsbeginn <u>elektronisch</u> zu erstatten. Vorhaben in der Stadt- und Dorfbild-Schutzzone und an eingetragenen Denkmälern sind zwei Monate vorher auch der Denkmalpflege zu melden.
§ 30 ¹ Im ordentlichen Bewilligungsverfahren werden die Vorhaben öffentlich angezeigt. Das Bauinspektorat legt fest, welche Unterlagen einzureichen sind.	§ 30 ¹ Im ordentlichen Bewilligungsverfahren werden die Vorhaben <u>publiziert</u> .
§ 31 ¹ Im vereinfachten Bewilligungsverfahren ohne Anzeige und mit beschränkter Abnahme werden Vorhaben von geringer Bedeutung geprüft. Das Bauinspektorat führt eine Liste der Vorhaben, die dieser Anforderung genügen. Es legt fest, welche Unterlagen einzureichen sind.	§ 31 ¹ Im vereinfachten Bewilligungsverfahren ohne <u>Publikation</u> und mit beschränkter Abnahme werden Vorhaben von geringer Bedeutung geprüft.
§ 58 ¹ Die verantwortliche Fachperson oder die Bauherrschaft hat den Beginn der Bauausführung, die Vollendung des Rohbaues und die Fertigstellung der Bauten und Anlagen dem Bauinspektorat mit dem amtlichen Formular anzugeben.	§ 58 ¹ Die verantwortliche Fachperson oder die Bauherrschaft hat den Beginn der Bauausführung, die Vollendung des Rohbaus und die Fertigstellung der Bauten und Anlagen der Bewilligungsbehörde <u>elektronisch</u> zu melden.

³ Das Bauinspektorat legt im Bauentscheid fest, welche Anzeigen erforderlich sind.	³ Die <u>Bewilligungsbehörde</u> legt im Bauentscheid fest, welche <u>Phasenmeldungen</u> erforderlich sind.
⁴ Bei Vorhaben, die der Meldepflicht unterliegen, sind keine Anzeigen erforderlich.	⁴ Bei Vorhaben, die der Meldepflicht unterliegen, sind keine <u>Phasenmeldungen</u> erforderlich.

3.3.5.3 Erläuterungen zu den §§ 27, 30 ,31 und 58 BPV

Gestützt auf die obigen Ausführungen wird zunächst in § 27 BPV die «Anzeige» durch den hier zutreffenderen Begriff der «Meldung» ersetzt. In den §§ 30 und 31 BPV betrifft die «Anzeige» dagegen die «Publikation». Schliesslich meint die «Anzeige» in § 58 BPV in der Praxis Meldungen über die Bauphasen gemäss dessen Absatz 1 (namentlich Beginn der Bauausführung, die Vollen-
dung des Rohbaus und die Fertigstellung der Bauten und Anlagen). Daher wird der Begriff der «Anzeige» jeweils ersetzt. Die Meldung selbst erfolgt elektronisch via Web-Plattform (OBG).

Ferner werden die jeweiligen Absätze zu «Listen» und weiteren Unterlagen in den §§ 27, 30 und 31 BPV gestrichen.

Abschliessend wird erwähnt, dass im Nachgang zur vorliegenden Teilrevision auch die ABPV entsprechend überarbeitet wird.

Beilage:

- Synopse